

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Nr. 46

Hannover, den 17. Dezember 1946

Telefon: 20 951

Rechtsruck im Pressewesen

von Fr. Heine

Nach wochenlangen Beratungen sind die Auflagenhöhen der Zeitungen der britischen Zone neu festgesetzt worden. Die Besatzungsmacht hat ihre Entscheidung nach Anhörung der Parteien und Verlegervereine bekanntgegeben.

Die CDU kann die Neuregelung mit Recht als einen grossen Erfolg für sich buchen. Sie hat nicht nur absolut die bei weitem grösste Auflagensteigerung erhalten - mehr als doppelt so viel als alle anderen Parteien zusammengenommen - ihrer Presse ist von der Okkupationsbehörde jetzt auch die grösste Auflage insgesamt zugebilligt worden, obwohl sie nicht die stärkste Partei ist.

Die Vertreter der Besatzungsmacht hatten vor den Wahlen in der britischen Zone verkündet, dass die Auflagenverteilung auf Grund der Wahlergebnisse erfolgen würde, eine Staffelung also nach der Parteienstärke erfolgen würde. Die Wähler haben der Sozialdemokratie ihr Vertrauen geschenkt, sie wurde am 13. Oktober zur stärksten Partei in der britischen Besatzungszone und hat damit Anspruch auf die grösste Auflage. Ein Anspruch, der in den Vorverhandlungen weder von der Militärregierung, noch von den anderen Parteien bestritten wurde.

Nach den ursprünglichen Plänen der britischen Militärstellen sollten die SPD-Zeitungen insgesamt 1.821.700 und die CDU-Zeitungen 1.770.500 Exemplare bewilligt erhalten. Die sozialdemokratischen Vertreter bei den Verhandlungen hielten diese Vorschläge noch nicht für befriedigend, da eine Anzahl bürgerlicher Zeitungen nicht in die Berechnungsgrundlagen einbezogen worden waren.

Die Besatzungsbehörde hat offenbar keine Möglichkeit gesehen, diese wie alle anderen Vorschläge und Einwendungen der Sozialdemokraten

bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen. Sie ist darüber hinausgegangen und hat festgelegt, dass sie - obwohl kleinere - CDU eine höhere Gesamtauflage an Zeitungsexemplaren als die SPD erhält. Während die SPD jetzt 1.665.600 (statt wie vorgesehen 1.821.700) bewilligt erhielt, werden der CDU 1.771.000 zugesprochen - also sogar noch etwas mehr als ursprünglich geplant war.

Die Gründe für diese Entscheidung sind uns nicht bekannt. Durch sie wird die nach rechts gehende Entwicklung im Pressewesen der britischen Besatzungszone noch unterstrichen. Gegenüber dem Stand vom Sommer 1946 sind weit über eine Million Zeitungsexemplare nach rechts abgewandert bei einer Gesamtauflage von rund 5 Millionen Exemplaren. Die Linke hat durch die entscheidende Wahl-niederlage der Kommunisten rund 400.000 Exemplare verloren, der Rechten dagegen (CDU, FDP und NLP) sind insgesamt rund 800.000 neu zugeflossen.

Es ist kein Geheimnis, dass die Sozialdemokraten diese Entwicklung mit grosser Sorge betrachten und dass sie insbesondere die Zurücksetzung der SPD, die Nichtbewilligung der vorgesehenen 156.000 Exemplare und die Nichtakzeptierung aller ihrer Vorstellungen nicht verstehen.

Ein Trost verbleibt: Die CDU hat durch ihren Zonenvorsitzenden Adenauer während des Herbstwahlkampfes den Eindruck hervorzurufen versucht, die Sozialdemokratie werde von der britischen Besatzungsbehörde bevorzugt behandelt. Die Entscheidung im Pressewesen bestätigt mit erfreulicher Deutlichkeit, was auch auf die übrigen Gebiete des öffentlichen Lebens zutrifft: dass von einer Begünstigung der SPD nicht gesprochen werden kann. Den Militärstellen gebührt unser Dank, das auch in dieser Frage klargestellt zu haben.

Nachwort zum Schumacher-Aufenthalt in England:

Die Ansicht der französischen Sozialisten

Die französischen Sozialisten haben sich schon wiederholt als die Wortführer einer vernünftigen französischen Politik Deutschland gegenüber erwiesen. Sie traten damit in Gegensatz zu den beiden stärksten französischen Parteien, den Kommunisten und der Katholischen Volkspartei Bidaults. Die gleiche Haltung zeichnete auch einen Aufsatz des sozialistischen Zentralorgans "Populaire" bei der Beurteilung des deutschen Besuches in England aus. Das Blatt, dessen Chefredakteur Léon Blum soeben zum Ministerpräsidenten Frankreichs gewählt wurde, nahm noch während des Aufenthaltes der Deutschen in London und noch vor Blums Wahl zu dem offiziellen Protest der französischen Regierung gegen den Aufenthalt Schumachers in England Stellung und schrieb u.a.:

"Indem sie Schumacher einlud, um sich und ihn zu informieren, hat die Labour Party nur von ihrem Recht Gebrauch gemacht. Schumacher ist ein authentischer Anti-Nazi. Er hat zehn Jahre in Konzentrationslagern verbracht. Sein aufrichtiger Wunsch, ein demokratisches und pazifistisches Deutschland aufzubauen, steht ausser jedem Zweifel. Man sieht nichts Unpassendes darin, dass die Gefühle und Aspirationen der deutschen Massen, die ihm Folge leisten, der öffentlichen Meinung direkt mitgeteilt werden statt durch Vermittlung der zivilen und militärischen Besatzungsbehörden, deren Kompetenz und Unparteilichkeit zuweilen sehr unsicher erscheinen". (m/311c/1612/1/he)

Der finnische Friede

von Dr. Karl Apfel

Es fällt dem finnischen Volke gewiss nicht leicht, den Frieden, der ihm jetzt nach den langwierigen Konferenzen in Paris und New York beschert worden ist, ehrlich und aufrichtig zu bejahen. Denn dieser Friede ist hart. Es hätte keinen Sinn, die schmerzlichen Fakten, die dieser Vertrag in seine Paragraphen fasst, - die Landeinbussen in Karelilien und Petsamo, die Errichtung einer russischen Garnison auf dem Gebiet von Porkkala und die schweren wirtschaftlichen Lasten - mit schönen Worten zu verbrämen. Aber so wenig die Welt, auch nicht Russland erwarten kann, dass Finnland die bitteren Folgen des verlorenen Krieges anders als mit der realistischen Einsicht in die politischen Gegebenheiten auf sich nimmt, so wenig wird das finnische Volk selbst aus dem politischen Kräftespiel der Grossmächte sich eine wandlung der Lage erhoffen können. Es wäre völlig verfehlt, wollte man in Helsinki Spekulationen auf die wiedererwachsenden Sympathien anderer Nationen anstellen. Solche Sympathien, die in den vergangenen Jahren politisch noch eine Rolle gespielt haben, vor allem bei den benachbarten Schweden und den Amerikanern, mögen gewiss noch vorhanden sein, aber es wäre verhängnisvoll, sie auch in der Zukunft als politischen Faktor werten zu wollen. Dies müsste nicht nur zu grossen Enttäuschungen führen, sondern auch dem grossen Nachbarn im Osten als Zeugnis einer unaufrichtigen Haltung erscheinen.

Damit ist der entscheidende Punkt für Finnlands politische Zukunft berührt. Es geht nicht nur darum, Realpolitik zu treiben, es geht auch darum, so viel Vertrauen bis Russland zu erwerben, dass dem Lande künftig jenes Mass von politischer Bewegungsfreiheit, das das natürliche Recht eines selbständigen Staates ist, ohne Reservate von Moskau zuerkannt wird. Dies wird nicht ganz leicht sein, auch nicht für einen Mann wie Paasikivi, der seit diesem Frühjahr als Nachfolger Mannerheims an der Spitze des finnischen Staates steht und seit seiner Tätigkeit als Gesandter in Moskau nach dem Winterkriege und später als massgebliche Kraft bei den Friedensbemühungen des Jahres 1944 das Vertrauen des Kreml genießt. Moskau ist heilhörig. Noch mehr, es ist in den Interessenbereichen des Nordens empfindlich und gleicht zuweilen einer sensiblen Frau, die Abneigung empfindet, wo bei dem anderen vielleicht nur ein Stück Selbstbewusstsein sich geltend macht.

Man kann gerade im finnisch-russischen Verhältnis der letzten Zeit deutliche Anzeichen dafür sehen. So etwa in der Art und Weise, wie der finnische Friedensvertrag seine endgültige Festlegung gefunden hat. Bereits im April dieses Jahres vollzog sich ein entscheidendes Vorspiel zu den Besprechungen der Aussenminister und der darauf folgenden Pariser Konferenz in den Räumen des Kreml, als eine Delegation des finnischen Kabinetts die Gesichtspunkte Finnlands für die bevorstehende Friedensregelung zur Geltung zu bringen suchte. Es war also ein

ein Gespräch unter vier Augen. Man brauchte dabei nicht Pessimist zu sein, um vorauszusehen, dass an den wesentlichen Punkten des Waffenstillstandsvertrages als Grundlage auch des Friedensvertrages nicht mehr ge- mittelt werden konnte. Auch nicht im Bereiche der Reparationen, die mit 100 Millionen Dollar festgelegt waren und sich sehr schnell als eine kaum zu tragende Bürde erwiesen hatten. Russlands Zugeständnis an die wirtschaftliche Lage beschränkte sich auf die Ausdehnung der Leistungs- pflicht von sechs auf acht Jahre. Aber an der Höhe der Reparationen lieb nicht zu deuteln, auch nicht trotz mancher Zeichen von Sympathie, die von jenseits des Atlantik für Finnlands Begehren erkennbar waren. Es half auch nichts, dass Finnland auf der Pariser Konferenz durch sei- nen Aussenminister noch einmal die Reparationen zur Sprache brachte. Im Gegenteil, die russische Reaktion war diesmal ausgesprochen schlecht und gab Anlass zu krisenhaften Stimmungen. Obwohl die finnische Delega- tion in Paris peinlich darauf bedacht gewesen war, auch jeden Verdacht einer werbenden Geste gegenüber den westlichen Demokratien von sich fern zu halten, war die russische Antwort auf den finnischen Vorstoss der be- deutendste Vorwurf, dass die Finnen auf die Unterstützung fremder Mächte ab- zurechnen. Wyschinski warnte vor den Konsequenzen, wenn auf diesem Wege weitergeschritten würde und beschwor die Gefahr einer Verschlechterung der finnisch-russischen Beziehungen herauf.

Dies wie auch die Tatsache, dass Aussenminister Eackell versucht hatte, jene Bestimmungen aus dem Friedensvertrag fern zu halten, die einer Sicherung demokratischer Grundrechte dienen sollen (sind doch die- se Rechte in der Verfassung garantiert), führten in Helsinki zu einer stürmischen Reaktion der Linkskreise. Demonstrationen und Presseangriffe hatten die Rückkehr eines grossen Teiles der Delegation zur Folge, die Regierung musste sich für ihr Verhalten rechtfertigen und hatte alle Mü- he, die Gemüter wieder zur Ruhe zu bringen. Molotow schloss schliesslich das Intermezzo auf einem Frühstück in Paris mit einer versöhnlichen Ge- ste, warnte jedoch, wie die "Times" jetzt berichtet, noch einmal davor, von Helsinki aus mit London oder Washington zu liebäugeln.

Die Finnen meinen, wie das englische Blatt schreibt, dass Moskau "eifersüchtig" sei. Es mag fragwürdig scheinen, von Vorstellungen mensch- licher Leidenschaft zu sprechen, wo politisches Kalkül am Werke ist. Aber gleichviel: was Finnland aus diesen Erfahrungen lernen muss, ist die Ein- sicht, dass der Friede der Siegermächte der Friede Russlands ist, und dass es Wahnsinn wäre, die Machtpositionen zu verkennen, die diesen Krieg dem russischen Reiche im Nordosten Europas gebracht hat. Mit solcher Er- kenntnis zerrinnt freilich auch der in langen Jahren von weiten finnischen Kreisen gehegte Glaube, dass das Land vom Schicksal zu einem Vorposten des europäischen Westens ausersuchen sei.

Bodenreform und Adel

Nach einer Meldung der "Daily Mail" - kontinentale Ausgabe - aus Stuttgart wird durch die Bodenreform in der amerikanischen und russi- schen Zone in erster Linie der deutsche Adel betroffen, der noch immer über 5,4 Mill. ha Boden verfügt, die sich auf 3 Mill. ha Ackerland und 2,4 Mill. ha Wald verteilen. Nahezu 2,8 Mill. hat der Gesamtfläche be- stand aus Fideikommissen, die 1933 3.061 Personen gehörten. Exkaiser Wilhelm und seine Familie führende Liste der Grossgrundbesitzer mit 920.000 ha an und andere führende adlige Grossgrundbesitzer waren: der Herzog von Anhalt-Dessau mit 30.000 ha, der Herzog von Arenberg-Nord- kirchen mit 28.000 ha, der Prinz von Hohenlohe-Fehringen mit 48.000 ha, der Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen mit 46.000 ha, der Prinz Leopold von Preussen mit 25.000 ha, der Herzog von Ratibor mit 31.000 ha, Fried- rich-August König von Sachsen 22.000 ha, Prinz Solms-Pakuth mit 39.000 ha und der Prinz von Stollberg-Wernigerode mit 37.000 ha. (b/Blc/1/1612/h.)

aus Hessen erreichte uns folgende Zuschrift:

Geschmacklosigkeiten der CDU

Nach Beendigung der hessischen Wahlen und der Annahme der Verfassung einschliesslich des Artikels 41 wird sich die politische Arbeit in Hessen nun vor allem mit den praktischen Einzelheiten und Auswirkungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung befassen. Gemessen an den Erfahrungen des Wahlkampfes besteht aber leider Anlass, dieser Arbeit inigermassen skeptisch entgegenzusehen, zumindestens was gewisse taktische Methoden anlangt.

Der Vorwurf trifft hier vor allem die CDU. Die Werbung der SPD während des Wahlkampfes war klar und bestimmt und ohne jede gehässige Wendung gegenüber den anderen Parteien. Die SPD bewies erneut, dass die demokratische Tradition Deutschlands bei ihr den sichersten Ort hat. Aber auch die so viel gelästerte KPD hat sich in einwandfreien Bahnen bewegt, wenn der Ton auch schärfer, die Sprache rauher war. Dafür vergriff sich aber die CDU umso häufiger und deutlicher in der Wahl der Mittel, indem sie die Polemik gegen die übrigen Parteien ganz stark in den Vordergrund ihrer Arbeit stellte. Nur ein Beispiel sei hier herausgegriffen, die Schlagzeilen auf einem Plakat, mit dem die ausgesprochen kirchlich orientierte Bevölkerung der Landkreise Offenbach und Frankfurt geradezu überschwenmt wurden "Sozialisten sind Marxisten - darum wählen wahre Christen niemals ihre Listen - Christ, wähle Du - CDU!"

Es liegt hier ein besonders typisches Beispiel pharisäerhafter Überheblichkeit dieser Partei mit dem ammassenden christlichen Firmenschild vor, die in ihrer politischen Taktik und in der Wahl ihrer Methoden wie keine andere Partei immer wieder auf das Mittel der Diffamierung des Gegners dadurch zurückgreift, dass sie die Motive seines Handelns verdächtigt. Es ist ausgesprochen unfair, gläubige Menschen mit solchen demagogischen Parolen in innere Konflikte zu bringen. Die Notwendigkeit, in der Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche Klarheit zu schaffen, braucht gewiss nicht mit so lumpen Mitteln unterstrichen zu werden.

Ich habe als Kriegsgefangener in England die Wahl im Jahre 1945 erlebt, in der Churchill, der siegreiche Ministerpräsident des Krieges, unterlag. Der Kampf war gewiss hart und erbitterte Gegner standen sich gegenüber. Trotzdem war der Ton so einwandfrei, dass man sich als Deutscher einer Beschämung oft nicht erwehren konnte, in keinem Fall aber habe ich erlebt, dass man den Gegner verächtlich zu machen suchte. Die Propaganda war auf beiden Seiten positiv und beschäftigte sich ganz vorwiegend mit den Zielen der eigenen Sache. So wird Innenpolitik gemacht, die demokratische Freiheiten garantiert, nicht aber mit politischen Geschmacklosigkeiten der oben erwähnten Art.

(b/B36/1712/a/he) ---

Erster Streik-Sieg

Die Belegschaft der Hannoverschen Firma Bode-Panzer, die am 21. November die Arbeit niedergelegt hatte, weil die Betriebsleitung sich weigerte, in einer Betriebsvereinbarung das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer anzuerkennen, hat die Arbeit wieder aufgenommen. Dieser Beschluss kam einmütig zustande, als in der Betriebsversammlung den Betriebsrat die Ermächtigung erteilt wurde, eine bereits von der Betriebsleitung unterschriebene Betriebsvereinbarung zu unterzeichnen, die neben anderen Bestimmungen auch die strittigen Punkte der Belegschaftsforderungen enthält: Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei Einstellungen,

lassungen, Versetzungen und Beförderungen, Mitwirkung des Betriebsrats bei der Produktionsgestaltung, Mitbestimmung bei Stilllegungen, Betriebsweitererungen und Aufnahme neuer Produktionszweige.

Dazu schreibt die "Hannoversche Presse": "Die Bedeutung dieses ersten tatsächlichen Streiks in der britischen Zone nach der Entrechtung durch die Nazidiktatur geht über den Rahmen einer Firma oder einer Stadt hinaus. Das fand schon seinen Niederschlag in der Tatsache, dass der Streik der 320 Arbeiter und Angestellten bei Bode-Panzer von der gewerkschaftlichen Organisation übernommen und durchgeführt wurde und dass das Zentralbüro der Wirtschaftsverbände Niedersachsens als Vertretung der Arbeitgeber sich zur Beilegung des Streiks eingeschaltet hatte. Die Gewerkschaften haben diese erste Kraftprobe gut überstanden, sowohl durch die Disziplin der Streikenden, als auch durch die Solidaritätsaktionen anderer Betriebe und Belegschaften.

Die grundsätzliche Bedeutung des abgeschlossenen Streiks beruht darin, dass ein Durchbruch durch die Front eines reaktionären Unternehmens erfolgte, und dass die in der Betriebsvereinbarung erkämpften Rechte der Arbeitnehmer für die kommenden Abschlüsse einen Mindeststandard geschaffen haben, der bei dem Ausbau der Wirtschaftsdemokratie den Betrieben eine Richtschnur bildet. Es ist zu erwarten, dass gleichartige Betriebsvereinbarungen nunmehr überall abgeschlossen werden und dass das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und in der Wirtschaft eine Zeit einleitet, in der die Produktionsstätten nicht mehr dem Profitbedürfnis einzelner, sondern dem ganzen Volk und seiner Wohlfahrt dienen.

SPD und Regierungsbildung in Bayern

Die politische Situation in Bayern hat nach dem Rücktritt von Dr. Höger als Ministerpräsident noch keine weitere Klärung erfahren. Das gilt auch für den Tatbestand, wie er sich nach der Landeskonzferenz der SPD in Bayern ergibt, die eine Teilnahme an einer Koalition um jeden Preis abgelehnt hat. Es bleibt der SPD-Fraktion danach die Entscheidung überlassen, ob eine Teilnahme an der Regierung in Bayern unter gewissen Bedingungen möglich ist. Dieses Wort von den gewissen Bedingungen ist, wie der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt, als ein Hinweis darauf zu deuten, dass auch in diesem Fall die Kölner Entschliessung als Grundlage für die Zusammenarbeit mit einer anderen Partei zu gelten hat. Die nur knapp überstimmte Minderheit auf der Landeskonzferenz sah unter den augenblicklichen Umständen überhaupt keine Möglichkeiten zu einer Zusammenarbeit innerhalb der Regierung. Das ist bezeichnend für die innerhalb der bayerischen SPD herrschenden Grundtendenz, der Frage einer Beteiligung an einer Regierung nur mit grösster Vorsicht näherzutreten.

Die Lage ist weiterhin durch die grossen Schwierigkeiten gekennzeichnet, die innerhalb der CSU bestehen. Die Person des Landesvorsitzenden Dr. Müller erscheint durch die Vorgänge der letzten Zeit so belastet, dass nicht nur seine Kandidatur für den Posten des Regierungschefes hinfällig geworden ist, sondern dass Dr. Müller auch als Parteivorsitzender kaum noch tragbar sein dürfte.

(m/B1/1712/1/he) —

Verantwortlich: Fritz Sanger, Hannover.

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

Hannover, 17.12.46

Sozialdemokratische Frauen fordern die Heimkehr
der deutschen Kriegsgefangenen

In der Woche vom 15. bis 22. Dezember finden in den drei Westzonen und in Berlin grosse sozialdemokratische Frauenkundgebungen statt, auf denen die folgende Botschaft an die Kriegsgefangenen und an die Siegermächte verlesen wird:

"In dieser Woche finden in ganz Deutschland Kundgebungen statt, in denen die deutschen sozialdemokratischen Frauen ganz besonders an die Kriegsgefangenen denken, die auch dieses zweite Weihnachten nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes fern der Heimat und fern von ihren Lieben verbringen müssen.

Wir senden unsere Grüsse an alle unsere Kriegsgefangenen, die noch in ausländischen Lagern sind oder innerhalb Deutschlands festgehalten werden.

Wir appellieren an die Regierungen der Welt, alle Kriegsgefangenen, die nicht Naziaktivisten und Kriegsvorbereiter waren, und ganz besonders die Antifaschisten, so schnell wie möglich zu entlassen.

Wir wissen, dass das Naziregime, gegen das die Sozialdemokratische Partei einen jahrzehntelangen erbitterten und kompromisslosen Kampf geführt hat, unermessliches Elend über Europa und über unser eigenes Land gebracht hat. Wir wissen, dass das ganze deutsche Volk seinen Beitrag zum Wiederaufbau Europas leisten muss, aber wir sind der Meinung, dass in erster Linie jene herangezogen werden sollten, die das Naziregime aktiv unterstützt und jahrelang von ihm profitiert haben. Darüber hinaus sollte alle Wiederaufbauarbeit durch freie und freiwillige Arbeiter geleistet werden, die zu denselben Bedingungen arbeiten und leben wie die Arbeiter des Landes. Jahrelange Sklavenarbeit von Millionen Zwangsarbeitern demoralisiert nicht nur die Menschen, die zu einer solchen Arbeit gezwungen werden, sondern sie gefährdet auch die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterschaft des betreffenden Landes.

Wir appellieren an die sozialistischen Bruderparteien und besonders an die Genossinnen in den anderen Ländern, uns in unserem Bemühen für die Freilassung unserer Kriegsgefangenen zu unterstützen.

Die deutschen Frauen aber rufen wir auf, mitzukämpfen in unseren Reihen für ein freies, demokratisches und sozialistisches Deutschland, für den Frieden Europas, für den Frieden der Welt."